

## **Große Anfrage**

**der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, Ulrich Maurer, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Dr. Lothar Bisky, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Dr. Martina Bunge, Roland Claus, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Werner Dreibus, Klaus Ernst, Wolfgang Gehrcke, Diana Golze, Dr. Gregor Gysi, Heike Hänsel, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Cornelia Hirsch, Inge Höger-Neuling, Dr. Barbara Höll, Ulla Jelpke, Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Hakki Keskin, Katja Kipping, Monika Knoche, Jan Korte, Katrin Kunert, Oskar Lafontaine, Michael Leutert, Ulla Lötzer, Dr. Gesine Löttsch, Dorothee Menzner, Kornelia Möller, Kersten Naumann, Wolfgang Neskovic, Dr. Norman Paech, Petra Pau, Bodo Ramelow, Elke Reinke, Paul Schäfer (Köln), Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Herbert Schui, Dr. Ilja Seifert, Dr. Petra Sitte, Frank Spieth, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Axel Troost, Alexander Ulrich, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Zum Stand der Deutschen Einheit und der perspektivischen Entwicklung bis zum Jahr 2020**

16 Jahre nach der deutschen Einheit stagniert die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der neuen Länder. Die vom Grundgesetz (GG, Artikel 72 Abs. 2) vorgegebene Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West lässt auf sich warten. Selbst die Bundeskanzlerin räumte in ihrer Regierungserklärung vom 30. November 2005 ein, dass der Aufholprozess der neuen Länder „seit Jahren gestoppt“ ist.

Der Beauftragte für die neuen Länder, Bundesminister Wolfgang Tiefensee, konstatierte bei der Vorstellung des Jahresberichtes zur Deutschen Einheit 2006: „Insgesamt ist Ostdeutschland noch immer ein Wirtschaftsgebiet mit zahlreichen strukturellen Problemen. Neben der schwierigen demografischen Lage drücken die Probleme des Arbeitsmarktes. Noch gibt es kein selbsttragendes wirtschaftliches Wachstum.“

Auch das Jahr 2005 war „kein gutes Jahr für die ostdeutsche Wirtschaft“, wie das Institut für Wirtschaftsforschung Halle konstatiert („Wirtschaft im Wandel“, 7/2006). „Während im früheren Bundesgebiet der konjunkturelle Aufschwung einsetzte, stagnierte die gesamtwirtschaftliche Produktionsaktivität im Osten, ging die Beschäftigung zurück, und der Aufholprozess kam trotz sinkender Einwohnerzahl nicht voran.“ (ebenda)

Das Hauptproblem der neuen Länder – die im Vergleich zu den alten Ländern im Schnitt doppelt so hohe Arbeitslosigkeit – besteht seit Jahren unverändert. Die Zuwächse an Beschäftigung vor allem im verarbeitenden Gewerbe können die Arbeitsplatzverluste in anderen Sektoren der ostdeutschen Wirtschaft nicht

ausgleichen. Die Lage verschlechterte sich auch dadurch, dass die Bundesregierung Instrumente des 2. Arbeitsmarktes abbaute. So sind etwa vier Fünftel des Rückgangs der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in den neuen Ländern – diese sank von 2004 zu 2005 um 105 000 Personen – „mit der Rückführung von staatlich geförderten SV-pflichtigen Beschäftigungsverhältnissen verbunden, zu denen beispielsweise Arbeitsbeschaffungs- und Struktur- anpassungsmaßnahmen zählen“. (ebenda)

Die Hallenser Forscher betonen, dass das Arbeitsvolumen in den neuen Ländern mit zwei Prozent im Jahr 2005 sogar noch kräftiger abnahm als die Zahl der Erwerbstätigen. Dies spreche dafür, dass „insbesondere Vollzeitarbeitsplätze verloren gegangen sind bzw. durch Teilzeitarbeitsplätze, geringfügig Beschäftigte oder so genannte Arbeitsgelegenheiten ersetzt wurden“. (ebenda)

Der Rückzug des Bundes aus der Arbeitsmarktpolitik Ost konnte durch die Länder und Kommunen nicht ausgeglichen werden. Sie leiden durch die schwache wirtschaftliche Entwicklung und den enormen Schuldendienst unter immer enger werdenden finanziellen Spielräumen. Das erschwert die Aufrechterhaltung der nötigen sozialen Infrastruktur, vor allem in strukturschwachen und in ländlichen Gebieten. Als besonderes Problem für die neuen Länder erweisen sich die steigenden Ausgaben für Pensionszahlungen für Beamtinnen und Beamte, für die in der Regel nicht genügend Rückstellungen gebildet wurden.

Die im Vorgriff auf den erhofften Wirtschaftsboom in den 90er Jahren geschaffene Infrastruktur in den neuen Ländern erweist sich in vielerlei Hinsicht als überdimensioniert: Leerstand in der Wohnungswirtschaft, zu gering ausgelastete Wasser- und Abwasserversorgungsanlagen sowie ungenutzte Bildungseinrichtungen belasten nicht nur die öffentlichen, sondern auch die privaten Haushalte in den neuen Ländern mit enormen Zusatzkosten. Das wiegt schwer, weil das Einkommensniveau in den neuen Ländern noch immer deutlich niedriger ist als in den alten. Die längeren Arbeitszeiten im Osten berücksichtigt, liegen die Bruttoverdienste im Unternehmenssektor der neuen Länder je geleistete Arbeitsstunde erst bei zwei Dritteln des Westniveaus. (ebenda)

Nach wie vor werden die Haushalte der Länder und Kommunen in Ostdeutschland in viel geringerem Maße aus eigenen Steuereinnahmen bestritten. Zwar wird beispielsweise für das Land Brandenburg der Anteil der Steuern an den Gesamteinnahmen von 44,8 Prozent im Jahr 2006 auf über 51 Prozent im Jahr 2010 steigen, allerdings wird „damit bei weitem noch nicht das Niveau des Durchschnitts der finanzschwachen westlichen Flächenländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz erreicht“. (Finanzplan des Landes Brandenburg, 2006 bis 2010)

Den zunehmenden Schwierigkeiten versuchte und versucht die öffentliche Hand in den neuen Ländern durch einen rigiden Sparkurs zu begegnen. Insbesondere wurden die Investitionen und Ausgaben für so genannte freiwillige Aufgaben wie Jugendarbeit, Sport, Kultur und die Förderung weiterer sozialer Einrichtungen gestrichen. Die ostdeutschen Kommunen sind davon – als letztes Glied in der Finanzkette – besonders stark betroffen. Ihnen werden von den Ländern oftmals Aufgaben ohne einen entsprechenden finanziellen Ausgleich übertragen.

Der Trend sinkender Investitionen der öffentlichen Hand in den neuen Ländern setzt sich fort. So gehen beispielsweise die Gesamtausgaben des Landes Brandenburg für Investitionen von 2 Mrd. Euro 2006 auf 1,7 Mrd. Euro im Jahr 2010 zurück. (ebenda)

Auch mit mehreren Verwaltungsreformen in den neuen Ländern, in deren Folge die Kommunen zu immer größeren Einheiten fusioniert wurden bzw. werden sollen, verband sich das Ziel, die öffentlichen Ausgaben zu reduzieren. Das

blieb ein Trugschluss. Dieser Kurs vermochte die Haushaltsprobleme der neuen Länder nicht zu lösen. So verbleibt dem Land Brandenburg aus heutiger Sicht bis 2010 ein jährliches Finanzierungssaldo von minus 600 bis über 900 Mio. Euro. (ebenda)

Aus der bisher von der Bundesregierung verfolgten Politik ergeben sich für die Bürgerinnen und Bürger der neuen Länder, abgesehen von der schwierigen Arbeitsmarktlage, eine Reihe weiterer Einschränkungen, darunter ein ausgedünntes Angebot an Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, ein erschwerter Zugang zu öffentlichen Diensten sowie zum Öffentlichen Nahverkehr. Insgesamt steht die soziale Infrastruktur im Osten vor der Gefahr, ihre Funktionsfähigkeit zu verlieren.

Als Fazit ist zu konstatieren: Die neuen Länder erreichten in den vergangenen Jahren keine Fortschritte hin zur grundgesetzlich vorgeschriebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Zugleich sehen sich die neuen Länder in den kommenden Jahren mit neuen Herausforderungen konfrontiert, zum Beispiel die zunehmende Alterung ihrer Bevölkerung. Besondere Belastungen ergeben sich auch aus den ab dem Jahr 2009 entsprechend den Festlegungen des Solidarpaktes II zurückgehenden Zuweisungen des Bundes, die im Jahr 2019 endgültig auslaufen werden. Ab dem Jahr 2020 sollen die neuen Länder bei den Zuweisungen finanziell generell den alten Ländern gleichgestellt sein.

Unter diesen Umständen stehen die neuen Länder neuen Herausforderungen gegenüber, um bis zum Jahr 2020 eine selbsttragende ökonomische Entwicklung Ostdeutschlands zu erreichen und eine Entwicklung aus eigener Kraft zu ermöglichen.

Dies liegt nicht nur im ost-, sondern auch im gesamtdeutschen Interesse.

Wir fragen die Bundesregierung:

#### I. Allgemeines

##### Gleichwertige Lebensverhältnisse

1. Hält die Bundesregierung am Ziel fest, die im Grundgesetz (Artikel 72 Abs. 2) verankerten gleichwertigen Lebensverhältnisse in ganz Deutschland herzustellen?

Wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, Eckpunkte eines Stufenplans zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den neuen und alten Ländern aufzustellen?

2. Was versteht die Bundesregierung unter gleichwertigen Lebensverhältnissen?
3. Welche regionalen Abweichungen in Bezug auf die zentralen wirtschaftlichen und sozialen Rahmendaten hält die Bundesregierung für angemessen, ohne das Grundgesetz verletzt zu sehen?
4. Welche sind nach Ansicht der Bundesregierung die im jüngsten Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit erwähnten Regionen im Niedergang?
  - a) Welche gezielten Maßnahmen setzt die Bundesregierung ein, um speziell diese abgekoppelten Regionen zu unterstützen?
  - b) Welchen finanziellen Umfang haben die einzelnen Maßnahmen?
5. Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund gleichwertiger Lebensverhältnisse die Fragmentierung der ostdeutschen Gesellschaft in prosperierende und sich im Niedergang befindliche Regionen?

## Transferleistungen

6. Wie schlüsseln sich die Transferleistungen nach Ostdeutschland, die nach Angaben der Bundeskanzlerin (Regierungserklärung vom 30. November 2005) bei jährlich vier Prozent des Sozialprodukts liegen, im Einzelnen auf?
7. Welche der Transfers haben konsumtiven und welche investiven Charakter?
8. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass investive Transfers im Gegensatz zu konsumtiven Transfers einen selbsttragenden ökonomischen Aufschwung – der laut dem jüngsten Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit in den neuen Ländern noch nicht erreicht ist – in Ostdeutschland in Gang setzen können?
9. Wird der Anteil der investiven Transfers für die neuen Länder in den nächsten Jahren erhöht werden?
10. Aus welchen Quellen speisen sich die in Frage 6 angesprochenen Transferzahlungen (bitte aufschlüsseln nach Bund, Ländern, Sozialkassen und privaten Gebern)?
11. Wer sind die Nutznießer der Transferzahlungen (aufgeschlüsselt nach Ländern, Sozialkassen, Wirtschaft und privaten Empfängern)?
12. Wie wird sich die Höhe der Transferleistungen für die neuen Länder in den Jahren bis 2020 entwickeln?
13. Welche aktuellen Transferzahlungen beruhen auf Bundesgesetzen, die auch für jede andere Region der Bundesrepublik Deutschland gelten, und welche Transferzahlungen beruhen auf Bundesgesetzen, die allein für die neuen Länder gelten?
14. Welche Leistungen des Bundes an die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger gehen über diejenigen Leistungen hinaus, die Bürgerinnen und Bürger der alten Bundesländer erhalten?

## Abwanderung

15. Wie bewertet die Bundesregierung die Folgen der Abwanderung junger und qualifizierter Arbeitskräfte aus Ostdeutschland nach Westdeutschland für die alten Länder und für die neuen Länder?
16. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen aus den neuen Bundesländern und einem erstarkenden Rechtsextremismus, insbesondere im ländlichen Raum?

Wenn ja, was gedenkt sie dagegen zu tun?

17. Wie hoch waren die finanziellen Verluste, die den neuen Ländern durch die Abwanderung von insgesamt 900 000 Menschen im Zeitraum von 1991 bis 2004 in Richtung alte Länder entstanden sind, und wie hoch veranschlagt die Bundesregierung die jährlich zu erwartenden Mindereinnahmen für die öffentlichen Kassen (Steuern, Sozialbeiträge) in den neuen Ländern durch die anhaltende Abwanderung aus den neuen Ländern (bitte aufgeschlüsselt nach Ländern)?
18. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet im Sinne von Artikel 72 Abs. 3 GG in den neuen Bundesländern nur dann realisiert werden kann, wenn die Abwanderung von dort gestoppt wird und sich Industrie und Forschung ansiedeln?

Wenn ja, welche Konzepte hat die Bundesregierung dafür?

19. Plant die Bundesregierung, die Mobilitätshilfen, die die Abwanderung vornehmlich junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den neuen Ländern begünstigen, zugunsten von Arbeitsmarktprogrammen, die vor Ort in den neuen Ländern wirken und aufgelegt werden, zu reduzieren oder gänzlich umzulagern?

Wenn ja, in welchem Zeitraum?

Wenn nein, warum nicht?

20. Wie hoch ist die Zahl der Arbeitspendlerinnen und -pendler, die in den neuen Ländern wohnen, aber in den alten Ländern beschäftigt sind?
21. Wie hoch ist das entsprechende Pendlersaldo, wenn diejenigen berücksichtigt werden, die in den alten Ländern wohnen, aber in den neuen einer Arbeit nachgehen?

#### Demografischer Wandel

22. Wie wird sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Bevölkerungszahl in den neuen Ländern im Zeitraum bis 2020 entwickeln (aufgeschlüsselt nach Altersklassen und Regionen)?
23. Was will die Bundesregierung konkret tun, um auf die in den neuen Ländern zuerst und in besonderer Schärfe auftretenden Probleme des Bevölkerungsrückgangs und der Alterung zu reagieren?
24. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für geeignet, um die demografischen Herausforderungen in den neuen Ländern bewältigen zu können?
25. Welchen ostdeutschen Wirtschaftszweigen räumt die Bundesregierung unter Berücksichtigung der absehbaren Bevölkerungsentwicklung besondere Entwicklungschancen ein, und was will sie tun, um die damit verbundenen Möglichkeiten zu erschließen?

#### II. Lage der öffentlichen Haushalte

##### Länderhaushalte

26. Wie entwickeln sich die Zahlungen (Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen SoBEZ) aus dem Solidarpakt II und ergänzenden Vereinbarungen dazu an die neuen Länder (bitte aufgeschlüsselt nach einzelnen Ländern und für jedes Jahr in der Zeitspanne von 2005 bis 2020)?
27. Wie werden sich voraussichtlich die Einnahmen der neuen Länder aus dem Länderfinanzausgleich bis zum Jahr 2020 entwickeln (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und Ländern)?
28. Welche Auswirkungen hat der prognostizierte Bevölkerungsverlust in den neuen Ländern auf den Länderfinanzausgleich und das originäre Steueraufkommen?

##### Finanzierung Altersversorgung Ost

29. Wann ist nach bereits verschiedentlich geäußerten Bereitschaftserklärungen mit einer Entscheidung dahingehend zu rechnen, den Finanzierungsanteil des Bundes an der Sonder- und Zusatzversorgung nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) zugunsten der neuen Länder erhöhen zu wollen?
30. Wie steht die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass die neuen Bundesländer keine Rücklagen für die Versorgungsberechtigten bilden konnten (in der DDR waren alle Versorgungen umlagefinanziert), dazu,

dass ordnungspolitisch die Rentenversicherung nur Bundeszuschüsse kennt und daher eine vollständige Übernahme der Kosten durch den Bund systemkonform wäre?

#### Einnahmen aus dem EU-Haushalt

31. In welcher Höhe erhielten die neuen Länder seit dem Jahr 2000 jährlich Mittel aus dem EU-Haushalt (aufgeschlüsselt nach Jahren und Bundesländern)?
32. Wie wird sich in der nächsten Förderperiode der EU von 2007 bis 2013 die Bereitstellung von Mittel für die neuen Länder aus dem EU-Haushalt entwickeln (aufgeschlüsselt nach Jahren und Bundesländern)?
33. Welche Vorschläge hat die Bundesregierung, um die zurückgehenden Einnahmen der neuen Länder aus dem EU-Haushalt zu kompensieren, insbesondere hinsichtlich der Investitionsförderung und der Arbeitsmarktpolitik?

#### Kommunale Haushalte

34. Wie hat sich die Investitionstätigkeit der Länder und Kommunen in den neuen Ländern seit dem Jahr 2000 entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach Bundesländern, Landkreisen und Gemeinden)?
35. Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung den Investitionsbedarf der Kommunen in den neuen Ländern, um bis 2020 gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen?
36. Aus welchen Quellen soll dieser Investitionsbedarf nach Ansicht der Bundesregierung befriedigt werden?
37. Wie sollen die neuen Länder die zurückgehenden Zahlungen aus dem Solidarpakt, die insbesondere dem Ausgleich der unterdurchschnittlichen kommunalen Finanzkraft in den neuen Ländern dienen, ausgleichen?
38. Worin sieht die Bundesregierung die Hauptursachen dafür, dass sich die Investitionsausgaben in den Kommunalhaushalten der neuen Länder auch im langfristigen Vergleich mit den alten Ländern nach Angaben seit 1992 „besonders negativ“ entwickeln (vgl. Gemeindefinanzbericht, Deutscher Städtetag, H. 5/2006)?
39. Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag der Otto-Brenner-Stiftung, die 1991 bis 1995 entstandenen Schulden der neuen Länder – laut Jahresbericht 2006 zur Deutschen Einheit ist die Verschuldung der neuen Länder einschließlich ihrer Gemeinden von 47 Mrd. Euro im Jahr 1995 auf 89 Mrd. Euro im Jahr 2005 gestiegen – durch den Bund sowie die finanzstarken Länder übernehmen zu lassen, um den neuen Ländern notwendige Spielräume für eine wachstumsorientierte Fiskalpolitik zu verschaffen?
40. Wie groß sind die im Jahresbericht zur Deutschen Einheit 2006 erwähnten Konsolidierungsspielräume der neuen Länder bei den laufenden Ausgaben (S. 35), in welchen Bereichen liegen sie, und inwieweit kann durch entsprechende Maßnahmen die Verschuldung der neuen Länder verringert werden?
41. Welche Vorschläge hat die Bundesregierung zur Erhöhung der Steuereinnahmen der ostdeutschen Städte und Gemeinden je Einwohner, die im Jahr 2005 erst 49,6 Prozent des Niveaus in den alten Ländern betragen und 2006 nach Berechnungen des Deutschen Städtetages sogar um 1,1 Punkte zurückgehen werden (vgl. Gemeindefinanzbericht, Deutscher Städtetag, H. 5/2006)?
42. Wie bewertet die Bundesregierung die Befürchtung des Deutschen Städtetages, dass mit der 2009 vorgesehenen endgültigen Umstellung der Vertei-

lungsschlüssel des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer „nicht zuletzt für die ostdeutschen Städte, denen die bisher geltende Vorabverteilung im West-Ost-Verhältnis von 85:15 derzeit noch ein relativ hohes Einnahmenniveau sichert“, „zusätzliche Verluste“ drohen? (ebenda)

### III. Soziale Verhältnisse

#### Auswirkungen der Agenda 2010

43. Wie haben sich die Maßnahmen der Agenda 2010 auf die neuen Länder ausgewirkt?
44. Welche Maßnahmen der Agenda 2010 wurden in den neuen Ländern signifikant überdurchschnittlich oder unterdurchschnittlich wirksam?
45. Wie haben sich die Maßnahmen der Agenda 2010 auf die Situation der Unternehmen in den neuen Ländern ausgewirkt?
46. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der sich verschärfenden sozialen Lage in den neuen Bundesländern und einem hier besonders starken Anstieg der extremen Rechten?

Wenn ja, wie will die Bundesregierung darauf reagieren?

#### Einkommenslage

47. Wie haben sich die durchschnittlichen Einkommen der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern seit 2000 im Vergleich zu denen in den alten Ländern entwickelt, und in welchem Zeitraum rechnet die Bundesregierung mit einer Angleichung an die alten Länder?
48. Wie haben sich die durchschnittlichen Haushaltseinkommen in den neuen Ländern seit dem Jahr 2000 entwickelt und in welchem Zeitraum rechnet die Bundesregierung mit einer Angleichung an die alten Länder?
49. Wie hat sich die Kinderarmut in den neuen Ländern seit dem Jahr 2000 entwickelt, wenn der Armutsbegriff der EU zu Grunde gelegt wird?
50. Wie hat sich die Beamtenbesoldung in den neuen Ländern im Vergleich zur Besoldung in den alten Ländern entwickelt, und in welchem Zeitraum rechnet die Bundesregierung mit einer Angleichung?
51. Welchen Anteil haben Nichtlohneinkommen (ALG II, Rente und anderes) an den durchschnittlichen Einkommen in den neuen Ländern, und wie verhält sich dieser Anteil im Vergleich zu der Situation in den alten Ländern?
52. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, dass auf Grund der geringeren Einkommen in den neuen Ländern künftig auch die dortigen Renten niedriger ausfallen werden, und in welchem Zeitraum rechnet die Bundesregierung mit einer Angleichung der Gesamteinkommen der Rentner in den neuen mit den Gesamteinkommen der Rentner in den alten Ländern?
53. Wie hoch sind die Abschläge, die Neurentner in den neuen Ländern bei Rentenantritt in Kauf zu nehmen haben, wie viele Rentner in den neuen Ländern sind davon betroffen, und wie verhalten sich diese Abschläge sowohl der Höhe als auch der Zahl der Betroffenen nach im Vergleich zu den alten Ländern?
54. Wie gestalteten sich die Gesamteinkommen (gesetzliche und private Rente und andere Einkommen) der ostdeutschen Altersrentner seit dem Jahr 2000 im Vergleich zum westdeutschen Niveau?

55. Wie gestaltete sich das Gesamteinkommen der ostdeutschen Frauen seit dem Jahr 2000 im Vergleich zum westdeutschen Niveau, und in welchem Zeitraum rechnet die Bundesregierung mit einer Angleichung?
56. Wie hoch sind die Einkommen der in den verschiedenen Sektoren Beschäftigten der neuen Länder im Vergleich zum Niveau in den alten Ländern (bitte aufschlüsseln nach Sektor und Industriezweig im Vergleich zu den Sektoren und Industriezweigen der alten Länder)?

#### Vermögensentwicklung

57. Wie hat sich das durchschnittliche Vermögen pro Haushalt in den neuen Ländern seit 2000 im Vergleich zu dem in den alten Bundesländern entwickelt, und in welchem Zeitraum rechnet die Bundesregierung mit einer Angleichung an die alten Länder?
58. Wie hat sich die durchschnittliche Vermögensbildung der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern seit 2000 im Vergleich zu der in den alten Ländern entwickelt, und in welchem Zeitraum rechnet die Bundesregierung mit einer Angleichung an die alten Länder?
59. Wie hat sich der durchschnittliche Wert von Lebensversicherungsabschlüssen der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern seit 2000 im Vergleich zu dem in den alten Ländern entwickelt, und in welchem Zeitraum rechnet die Bundesregierung mit einer Angleichung an die alten Länder?
60. In welchem Maß sorgen die Bürger der neuen Länder privat vor (Sparguthaben, Immobilieneigentum bzw. -fonds, Aktienbesitz, Riester-Rente, Lebensversicherungen, Kapitalvermögen), und wie verhält sich dies im Vergleich zum Westniveau?

#### Rentenrecht/Rentenüberführung

61. Wird die Bundesregierung sicherstellen, dass in absehbarer Zeit die Angleichung des ostdeutschen an den westdeutschen Rentenwert erfolgt?  
Wenn ja, auf welche Weise soll dies geschehen?  
Wenn nein, warum nicht?
62. Wie viele ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner sind auf ergänzende Sozialhilfe zur Verbesserung ihrer Lebenssituation angewiesen?  
Wie stellt sich dies im Vergleich zu den Rentnerinnen und Rentnern in Westdeutschland dar?  
Welche (ehemaligen) Berufsgruppen sind hiervon besonders betroffen (bitte sowohl für Ost- als auch Westdeutschland im Vergleich)?
63. Wie bewertet die Bundesregierung die rechtliche Ungleichbehandlung von in der DDR geschiedenen Frauen in der Alterssicherung hinsichtlich des Versorgungsausgleichs?  
Sieht sie diesbezüglich gesetzgeberischen Handlungsbedarf?  
Wenn ja, in welcher Weise?  
Wenn nein, warum nicht?
64. Gedenkt die Bundesregierung hinsichtlich der nach wie vor bestehenden rentenrechtlichen Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen, die bei der Überführung der Ansprüche und Anwartschaften ins bundesdeutsche Recht entstanden, Änderungen vorzunehmen?



Wenn ja, wann und in welcher Weise soll das erfolgen:

- a) für nach wie vor verfassungsrechtlich bedenkliche Regelungen der §§ 6 und 7 des AAÜG,
- b) für die im RÜG Artikel 2 („Übergangsrecht nach den Vorschriften des Beitrittsgebiets“ [§ 19 Abs. 2]) aufgeführten Sachverhalte (wie freiwillige Beitragszahlungen, mithelfende Familienangehörige, Aspiranturen, Auslandsaufenthalte), die vorübergehend als Versicherungszeiten anerkannt waren, inzwischen aber weggefallen sind,
- c) für besondere Versorgungszusagen, wie beispielsweise der Faktor 1,5 für die Alterssicherung des mittleren medizinischen Personals bzw. die Beschäftigten von Deutscher Reichsbahn und Deutscher Post und
- d) für nicht in die Gesetzliche Rentenversicherung überführte Ansprüche und Anwartschaften der vormaligen Zusatz- und Sondernversorgungssysteme der DDR?

#### IV. Wirtschaftliche Perspektiven und regionale Entwicklung

##### Effekte der Wirtschaftsförderung

65. Wie hat sich die Wertschöpfung pro Kopf in Ostdeutschland im Vergleich zu den alten Ländern seit dem Jahr 2000 entwickelt?
66. In welchem Umfang hat der Bund die Wirtschaft der neuen Länder seit dem Jahr 2000 gefördert (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Bundesländern, Branchen und Zahl der so entstandenen Arbeitsplätze)?
67. Welche wirtschaftlichen Folgen haben das geringere Einkommensniveau in den neuen Ländern und die geringere Finanzkraft der öffentlichen Haushalte für die vor allem regional ausgerichtete Wirtschaft der neuen Länder?
68. Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die Unternehmen der neuen Länder stärker als bisher am Export der Bundesrepublik Anteil haben zu lassen?
69. Wie stellt sich die Größenstruktur der Unternehmen in den neuen Ländern dar (bitte aufgeschlüsselt und jeweils im Vergleich zu den westdeutschen Verhältnisse nach
  - Unternehmen von 1 bis 5 Beschäftigten,
  - Unternehmen von 5 bis 20 Beschäftigten,
  - Unternehmen von 20 bis 100 Beschäftigten,
  - Unternehmen von 100 bis 249 Beschäftigten sowie
  - Unternehmen über 250 bis 499 Beschäftigten)?
70. Was will die Bundesregierung tun, um insbesondere größere Unternehmen in den neuen Ländern anzusiedeln?
71. Wie hat sich die Größenstruktur der Unternehmen entsprechend den in Frage 56 abgefragten Zahlen der Beschäftigten seit 1990 entwickelt?
72. Wie verteilen sich an die neuen Länder vergebene Fördermittel auf die genannten Größenklassen der Unternehmen?
73. Wie viele Arbeitsplätze sind im Bereich der erneuerbaren Energien seit 1990 entstanden (aufgeschlüsselt nach einzelnen Bundesländern und einzelnen Bereichen Windenergie, Solarenergie, Bioenergie und Geothermie, unterteilt in direkte und indirekte Arbeitsplätze)?

## Forschung und Entwicklung

74. Wie profitieren ostdeutsche Länder vom Programm „Neue Impulse für Innovation und Wachstum“, und wie schätzt die Bundesregierung den damit verbundenen Zuwachs an Arbeitsplätzen ein (bitte aufgliedern nach
- a) Pakt für Forschung und Innovation,
  - b) Hightech-Strategie,
  - c) 6-Milliarden-Euro-Programm)?
75. Welchen Anteil haben die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den neuen und in den alten Ländern am Bruttoinlandsprodukt?
76. Gedenkt die Bundesregierung, Maßnahmen zu ergreifen, um außeruniversitäre, privatwirtschaftliche Forschungseinrichtungen, so genannte Forschungs-GmbH in den neuen Ländern zu fördern?
- Wenn ja, welche Maßnahmen werden ergriffen, und welche finanziellen Mittel stehen dafür zur Verfügung?
- Wenn nein, warum nicht?
77. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Forschungsstärke der ostdeutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu erhöhen?

## Regionalpolitik

78. Welche regionalen Cluster, in denen Wirtschaft, Forschung und Hochschulen vernetzt sind, existieren in den neuen Ländern?
79. Was will die Bundesregierung tun, um die Ausstrahlung von Wachstumskernen sowie der erwähnten Cluster auf das Umland, insbesondere hinsichtlich eines größeren Angebots an Arbeitsplätzen, zu verbessern?
80. Welche mit Bundesmitteln in den neuen Ländern angesiedelten Großunternehmen strahlen positive Anreize auf die Beschäftigungssituation in der Umgebung der Unternehmen aus, und welche der Unternehmen haben keine solche Wirkung?
81. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass die von ihr geförderten Unternehmensansiedlungen in den neuen Ländern Bestandteil globaler Produktionsnetze sind und dadurch in einigen der Ansiedlungen keine oder nur geringe positiven Beschäftigungseffekte in deren Umgebung eintreten können?
- Wenn ja, um welche Unternehmensansiedlungen handelt es sich und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um solchen Szenarien entgegenzuwirken?
82. Wie geht die Bundesregierung mit der Kritik um, dass der Förderung von Wachstumskernen ein Abkoppeln nicht geförderter Regionen gegenübersteht?
83. Der Jahresbericht 2006 zum Stand der Deutschen Einheit führt aus, dass in den verdichteten Agglomerationsräumen der neuen Länder der Anteil der Dienstleistungsberufe zunimmt (S. 26), wie verhält sich dieser Anteil zum Anteil der Dienstleistungsberufe in Agglomerationsräumen der alten Länder?
84. Welche Dienstleistungsberufe in den Agglomerationsräumen der neuen Länder sind am häufigsten vertreten (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?

85. Hält es die Bundesregierung für angebracht, den hohen Anteil der Dienstleistungsberufe in den Agglomerationsräumen der neuen Länder durch den Ausbau des produzierenden Gewerbes zu unterstützen?
86. Welche Regionen in den neuen Ländern sind nach Ansicht der Bundesregierung nicht mehr in der Weise Wachstumsregionen, wie das noch in den 90er Jahren der Fall war?
87. Welche wirtschaftliche Unterstützung will die Bundesregierung den wirtschaftlich am schwächsten entwickelten Regionen der neuen Länder noch gewähren, um – wie im Jahresbericht 2006 formuliert – trotz der differenzierten Entwicklung der Regionen für „Ausgleich und Chancengerechtigkeit“ (S. 10) zu sorgen?

#### V. Beschäftigung und Arbeitsförderung

##### Arbeits- und Berufsförderung

88. Wie hoch waren im Jahr 2005 die tatsächlichen Ausgaben des Bundes für Eingliederungsleistungen von ALG-II-Beziehern in den neuen Ländern – nach Angaben des Jahresberichts der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2005 flossen 42 Prozent der 6,55 Mrd. Euro, die der Bund im Jahr 2005 für Leistungen zur Eingliederung von ALG-II-Beziehenden zur Verfügung stellte, in die neuen Länder –, und welchen Anteil hatten sie an den entsprechenden Gesamtausgaben?
89. In welchem Verhältnis stehen die tatsächlichen Ausgaben, die in die neuen Länder flossen, zu den Gesamtausgaben 2005 zur Eingliederung von ALG-II-Beziehenden, und ist mit diesem Verhältnis die Absicht des Bundes, die neuen Länder arbeitsmarktpolitisch besonders zu fördern, erfüllt?

##### Ausbildung

90. Wie verhält sich die Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden in den neuen Ländern zu den angebotenen Ausbildungsplätzen seit dem Jahr 2000 (bitte aufschlüsseln nach Jahren und neuen Ländern im Vergleich zu den alten Ländern)?
91. Wie viele Ausbildungsplatzsuchende in den neuen Ländern sind zu Ausbildungsplätzen in den alten Ländern vermittelt worden oder haben aufgrund eigener Nachfrage selbst eine Lehrstelle in den alten Ländern gefunden?
92. Wie groß ist der Anteil überbetrieblicher Ausbildungsplätze an allen Ausbildungsplätzen in den neuen Ländern, und wie verhält sich dieser Anteil zur Lage in den alten Ländern?

##### Beschäftigung

93. Nach Angaben der IG Metall betrug der Lohnstückkostenvorteil des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2004 bereits neun Prozentpunkte gegenüber dem Westniveau; welche Ursachen sieht die Bundesregierung dafür, dass es trotz dieses Vorteils nicht zu einem stärkeren Beschäftigungsaufbau im verarbeitenden Gewerbe der neuen Länder kommt?
94. Wie hat sich die Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst der neuen Länder (Bund, Länder, Kommunen) seit dem Jahre 2000 entwickelt?
95. Wie hat sich die Erwerbsquote der Frauen in den ostdeutschen Ländern entwickelt, und was will die Bundesregierung tun, um diese Erwerbsquote zu erhöhen?

96. Wie hoch ist gegenwärtig der Anteil der Beamten und Angestellten bei Bundesbehörden, die bis zum 3. Oktober 1990 Bürger der DDR waren?

Wie viele davon sind im höheren Dienst tätig (bitte nach Beamten und Angestellten aufschlüsseln)?

#### VI. Infrastruktur und Verkehr

##### Verkehrsprojekte Deutsche Einheit

97. Wie stellt sich im Jahr 2006 der Realisationsstand der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit dar (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Projekten für Straße, Schiene und Wasserwege)?

98. Wie bewertet die Bundesregierung den Nutzen der in Betrieb gegangenen Verkehrsprojekte Deutsche Einheit im Vergleich zum vor Planungsbeginn ermittelten Nutzen?

a) Welcher Beitrag – insbesondere zur wirtschaftlichen Entwicklung – ist jeweils festzustellen?

b) Hat sich die Verkehrsleistung entsprechend der den Planungen zu Grunde liegenden Verkehrsprognosen entwickelt (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Projekten für Straße, Schiene und Wasserwege)?

c) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Erfahrungen mit bisher in Betrieb gegangenen Projekten, und plant die Bundesregierung bei Bundesverkehrswegen Anpassungen an aktuelle Verkehrsprognosen bzw. die demografische Entwicklung?

##### Infrastruktur und Mobilität bis 2020

99. Besteht nach Auffassung der Bundesregierung noch ein Rückstand bei der Infrastruktur?

Wenn ja, was will die Bundesregierung tun, um diese Lücke in den nächsten Jahren zu schließen?

100. Was will die Bundesregierung tun, um die Preise für die Wasserver- und Abwasserentsorgung in den neuen Ländern auf ein sozial verträgliches Maß zu verringern?

101. Welche zusätzlichen Kosten entstehen den Bürgern und der Wirtschaft in den neuen Ländern durch überdimensionierte Infrastrukturen, insbesondere bei Wasser, Abwasser und Abfallentsorgung?

102. Wie haben sich in den neuen Ländern die Preise für Energie (Strom, Gas, Öl, Kohle, Fernwärme) seit dem Jahr 2000 entwickelt, und in welchem Verhältnis stehen sie, das geringere Einkommensniveau in den neuen Ländern berücksichtigend, zu den Preisen in den alten Ländern?

103. Wie haben sich seit 2000 für die Bürgerinnen und Bürger der neuen Länder die Kosten für die Verkehrsnutzung entwickelt (aufgeschlüsselt nach Autoverkehr, Schienenpersonenfernverkehr, Öffentlichem Personennahverkehr)?

104. Wie will die Bundesregierung die Mobilität aller Menschen angesichts des Rückgangs der Geburtenzahlen und der Bevölkerungszahl insgesamt sowie eines zunehmenden Alterwerdens der Bevölkerung gewährleisten?

a) Welche Herausforderungen entstehen durch den demografischen Wandel für den öffentlichen Verkehr?

- b) Sind neue Verkehrskonzepte bzw. -angebote sowohl auf kommunaler als auch auf regionaler und Bundesebene erforderlich?

Wenn ja, welche?

#### VII. Wohnen, Stadtentwicklung, Städtebau

105. Welche Instrumente setzt die Bundesregierung aufgrund des langfristig andauernden Bevölkerungsrückgangs, der damit einhergehenden Leerstandsproblematik und der hohen Altschuldenlast kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsunternehmen in den neuen Ländern ein, um die ostdeutsche Wohnungswirtschaft auf solide Fundamente zu stellen und den Stadtumbauprozess zu unterstützen?
106. Für wie viele der im Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2006 genannten 325 Wohnungsunternehmen hat sich durch die Altschuldenhilfe nach gängiger Rechtslage die wirtschaftliche Lage wesentlich verbessert?
107. Wie viele der oben genannten 325 Wohnungsunternehmen haben durch die bisherige Form der Altschuldenhilfe Eigenmittel zur Teilnahme an Stadtumbauprojekten freisetzen können?
108. Sind die völlige Übernahme der so genannten Altschulden der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen durch den Bund und eine fortgesetzte Befreiung von der Grunderwerbsteuer bei Fusionen, wie vielfach von Wohnungsunternehmen und von den Landesregierungen der neuen Länder gefordert, nach Ansicht der Bundesregierung geeignete Instrumente zur Stärkung der Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern?  
Wenn ja, wann wird die Bundesregierung entsprechend handeln?  
Wenn nein, warum nicht?
109. Wie beurteilt die Bundesregierung Rolle und Funktion von Wohnungsunternehmen in kommunalem und genossenschaftlichem Eigentum im Stadtumbauprozess vor dem Hintergrund, dass die Kommunen auch die konzeptionellen Träger (ISEK – Integrierte Stadtentwicklungskonzepte) sind?
110. Welche Konzepte zur Bündelung welcher konkreten Ressourcen und zur Verknüpfung unterschiedlichster Förderprogramme verfolgt die Bundesregierung gegenwärtig und in den Folgejahren, um die Entwicklung der Städte in Ostdeutschland einschließlich ihrer Infrastruktur (Nahverkehr, Bildung, KITA, Jugend- und Seniorenarbeit) zu fördern?
111. Welche Konzepte zur Bündelung welcher konkreten Ressourcen verfolgt die Bundesregierung gegenwärtig und für die Folgejahre im Bereich „Soziale Stadt“?

#### VIII. Lebensweise und Kultur

##### Einheit und kulturelle Differenzierung

112. Wie bewertet die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass für sie die Stärkung der inneren Einheit des Landes nach wie vor zu den wichtigsten politischen Zielen gehört (siehe Jahresbericht zur Deutschen Einheit, S. 38), die Rolle von Kultur in diesem Prozess?  
Welche kulturpolitischen Aufgaben leitet sie daraus ab?
113. Wirkt die Existenz von zwei deutschen Staaten und dem in ihnen herausgebildeten jeweiligen kulturellen Leben und kulturpolitischen Konzepten heute noch fort?

Haben sich daraus fortwirkende Prägungen für das sozial-kulturelle Leben und die kulturpolitische Praxis in den neuen Bundesländern ergeben?

Wenn ja, welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Kulturpolitik der Bundesregierung?

114. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt für die Entwicklung in Ost und West und den gesellschaftlichen Integrationsprozess?

#### Förderung der Künste und des kulturellen Lebens

115. Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Situation im Hinblick darauf, dass die als übergangsweise charakterisierte Mitzuständigkeit des Bundes für die Kulturförderung in den neuen Ländern in den Jahren nach der Wiedervereinigung auf der Annahme beruhte, Kultur sei in den Jahren der Teilung – trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland – eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation gewesen (Artikel 35 des Einigungsvertrages) und habe dem Ausgleich teilungsbedingter Auswirkungen gedient, nach Meinung der neuen Länder aber noch immer erheblicher Investitionsbedarf besteht, um auf das Niveau der alten Länder zu kommen (siehe Tätigkeitsbericht der „Enquetekommission Kultur in Deutschland“ 2005, S. 179)?

116. Mit welchen Maßnahmen und Programmen will die Bundesregierung zur weiteren Förderung von Kunst und Kultur in den neuen Ländern beitragen?

117. Die Förderprogramme „Kultur in den neuen Ländern“ und „Dach und Fach“ wurden 2003 eingestellt; was beabsichtigt die Bundesregierung, an diese Stelle zu setzen?

118. Mit welchen Akzenten und mit welcher Perspektive will die Bundesregierung die Förderung im so genannten Leuchtturmprogramm fortsetzen?

Beabsichtigt sie, diese Förderung auf alle Länder auszudehnen?

119. Im Tätigkeitsbericht der „Enquetekommission Kultur in Deutschland“ wurde vorgeschlagen, zwei Prozent der Zuweisungen aus dem Solidarpaket II für die Kultur in den neuen Ländern verbindlich festzuschreiben (ebenda S. 180); wie bewertet die Bundesregierung diesen Vorschlag?

120. Sieht die Bundesregierung in Beispielen, bei denen zur Sicherung und Entwicklung der Infrastruktur in den neuen Ländern neue, ungewöhnliche Wege gegangen worden sind, wie z. B. mit dem Sächsischen Kulturraumgesetz, Ansätze, die aufbereitet und gegebenenfalls auch verallgemeinert werden sollten?

121. In welcher Weise soll die Hauptstadtkulturförderung künftig gestaltet werden?

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Förderung von Projekten und Initiativen von internationaler Bedeutung über den Hauptstadtkulturfonds fortzusetzen?

122. Mit welchen Maßnahmen trägt die Bundesregierung zur Förderung der Kultur nationaler Minderheiten in den neuen Ländern bei?

Wie sieht die Bundesregierung die Perspektive der Förderung der Stiftung für das sorbische Volk?

In welcher Weise und in welchem Umfang wird sich der Bund künftig bei der Förderung der Stiftung engagieren?

## Förderung von Einrichtungen und Projekten freier Träger

123. Wie beurteilt die Bundesregierung die Perspektive der vielfältigen kulturellen und künstlerischen Projekte sowie Initiativen in freier Trägerschaft, die sich nach der Einheit in den ostdeutschen Bundesländern entwickelten, deren Existenz aber zumeist nicht längerfristig gesichert ist?

Welche Maßnahmen wären geeignet, zur Stabilisierung der Projekte und ihrer Träger im frei-gemeinnützigen Bereich beizutragen?

124. Viele der kulturellen Einrichtungen und Projekte in den östlichen Bundesländern wurden und werden über so genannte Arbeitsfördermaßnahmen finanziert; wie sieht die Bundesregierung die Perspektive von Arbeitsfördermaßnahmen im kulturellen Bereich?

Wie steht sie zur Einrichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors in kulturellen Tätigkeitsfeldern, wie z. B. in Mecklenburg-Vorpommern erprobt?

## Kultur als Wirtschaftsfaktor/Kulturwirtschaft

125. Der Kulturbereich insgesamt ist ein wichtiger Beschäftigungssektor und trägt auch zur wirtschaftlichen Entwicklung von Städten und Regionen bei; welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Kultur als Entwicklungsfaktor in den neuen Ländern zu?

126. Welche Rolle spielt die Kulturwirtschaft derzeit in den neuen Ländern?

Welche Daten liegen der Bundesregierung über die Entwicklung der Kulturwirtschaft in den östlichen Bundesländern vor?

127. Mit welchen Maßnahmen wurde die Kulturwirtschaft in den neuen Ländern bisher gefördert?

128. Welche Pläne hat die Bundesregierung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kulturwirtschaft und die Förderung dieses Sektors?

## Rechtsextremismus/Relevanz rechter Kulturen

129. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung des Rechtsextremismus und die Relevanz rechter Kulturen in den neuen Bundesländern?

130. Was hat die Bundesregierung bisher gegen das Erstarken des Rechtsextremismus unternommen?

Welche Projekte wurden initiiert, mit welchen Mitteln gefördert?

131. Mit welchen Maßnahmen und Projekten will die Bundesregierung dem Vordringen des Rechtsextremismus und einer zunehmenden Rolle rechter Kulturen insbesondere unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern entgegenwirken?

132. Wie will die Bundesregierung auf den von ihr selbst konstatierten Zusammenhang von zurückgehenden Angeboten der kommunalen Jugendarbeit und einem anwachsenden Rechtsextremismus reagieren (vgl. Drucksache 16/2816)?

Plant die Bundesregierung Programme, die den Kommunen bei der Neuaufgabe/Weiterführung bestehender Netzwerke etc. helfen?

## Aufarbeitung gemeinsamer Geschichte – Erinnerungskultur

133. Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung mit dem Konzept zur Gedenkstättenförderung, das fortgeschrieben werden soll?

Wie ist der aktuelle Stand der Fortschreibung?

134. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ vom Mai dieses Jahres?

Welche Schlussfolgerungen zieht sie aus dem Votum der Kommission?

Berlin, den 27. November 2006

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**